

Lettland spart an der staatlichen Gesundheitsversorgung - die Weltbank findet dies "exzellent"

Geschrieben von: Udo Bongartz

Montag, den 04. Mai 2009 um 16:11 Uhr - Aktualisiert Mittwoch, den 18. März 2020 um 11:23 Uhr



Die Klimakatastrophe hat auch ihre sonnigen Seiten: Bei Rekordtemperaturen über 25 Grad flanierten Ende April die Rigenser im Grüngürtel zwischen Altstadt und Jugendstilviertel. Manche nahmen bereits am Ufer des Stadtkanals das erste Sonnenbad. Zumindest die Natur sorgt noch für ‚blühende Landschaften‘. Die Siege der lettischen Eishockeymannschaft über Schweden und Österreich bereiten ebenfalls Hochstimmung. Die wirtschaftliche und soziale Lage ist weitaus weniger berauschend. Finanzminister Einars Repše reiste vergangene Woche nach Washington, um mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zu verhandeln. Diese Institution, in der die größten Einzahler, die westlichen Industrienationen, die Mehrheit haben, hat Lettland einen Milliardenkredit zugesichert. Doch die IWF-Experten verlangen eine drastische Sparpolitik. Die lettische Regierung möchte erreichen, dass sie die Neuverschuldung von fünf auf sieben Prozent des Bruttoinlandprodukts erhöhen darf. Bislang soll Lettland die staatlichen Ausgaben um 40 Prozent kürzen, doch selbst bei einer Lockerung dieser Sparpolitik bliebe die Lage angespannt. Premier Valdis Dombrovskis und seine Minister verordnen den staatlichen Sektoren Verwaltung, Gesundheit und Bildung weiterhin drastische Kürzungen. Stets drohen neue Hiobsmeldungen. Letzte Woche wurde bekannt, dass im Herbst 2000 Lehrer ihre Arbeit verlieren. Der lettische Gesundheitsminister und die Weltbank, die Schwesterorganisation des IWF, sorgen derzeit für weitere Skepsis.

Zumindest den Sonnenschein gibt es in Lettland noch umsonst: April-Idylle am Stadtkanal in Riga. Foto: Udo Bongartz

Deutsche Welle TV zeigte am 29. April Bundeskanzlerin Angela Merkel am Pult vor Journalisten, um ihr neuestes Schweinegrippe-Statement zu vermelden. Die lettische Fahne im Hintergrund und der junge Herr an Frau Merkels Seite kümmerten die DW-Journalisten herzlich wenig. Nur der Lettland-Kenner bemerkte, dass es sich hier um die Pressekonferenz anlässlich des Besuchs von Ministerpräsident Dombrovskis in Berlin handelte. Ebenso wie sein

Letland spart an der staatlichen Gesundheitsversorgung - die Weltbank findet dies "exzellent"

Geschrieben von: Udo Bongartz

Montag, den 04. Mai 2009 um 16:11 Uhr - Aktualisiert Mittwoch, den 18. März 2020 um 11:23 Uhr

Finanzminister Repše ist dieser derzeit als Bittsteller unterwegs. Die Kanzlerin sagte ihm die Unterstützung für sein Vorhaben zu, mehr Schulden zu machen, als es die ursprüngliche Vereinbarung mit dem IWF vorsieht. Deutschland hat im Fonds einen Stimmenanteil von sechs Prozent.



Wer zum Teufel ist der junge Mann neben Bundeskanzlerin Angela Merkel? Foto: www.mk.gov.lv

Derzeit bitten die lettischen Fernsehjournalisten des LTV 1-Politmagazins *De Facto* ihre Zuschauer um Spenden für den schwer erkrankten Kollegen Ivo Kiršblats. Er muss im Ausland operiert werden. Dies kostet mehrere Tausend Euro (Kontonummer: LV18HABA000130A110940, Personen-Kennziffer: Ivo Kiršblats 081073-11367).

Dieser Hilferuf deutet nicht darauf hin, dass der lettische Staat seine Bürger medizinisch überversorgt, im Gegenteil: Nach der Unabhängigkeit 1991 hat die staatliche Medizin viele Aufgaben den Privaten überlassen. Die Journalistin Lāsma Rozenfelde nennt Zahlen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf der Webseite der politischen Talksendung *Kas notiek Latvijā* :

Demnach erhalten private Dienstleister 40 Prozent aller Gebühren, Beiträge und Zahlungen, die die Letten für ihre Gesundheit aufwenden müssen. 2005 erreichte der Anteil der staatlichen Medizin am Bruttoinlandprodukt noch 3,8 Prozent. Dies war der drittniedrigste Wert aller EU-Länder. Die WHO empfiehlt einen Anteil von sieben Prozent. (Zum Vergleich: Deutschland: 8,2 Prozent). Dagegen ist der Privatanteil mehr als doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt. Dies bedeutet: Lettische Patienten müssen eh schon einen höheren Beitrag aus eigener Tasche leisten. Zu den privaten Zahlungen und Zuzahlungen für Ärzte und für Medikamente kommen noch die inoffiziellen Gebühren, die viele Mediziner stillschweigend verlangen. Eigentlich bestünde Bedarf nach mehr staatlichem Engagement, nicht nach weniger.

Die Weltbank hingegen bezeichnete die neuesten Sparpläne des Gesundheitsministers Ivars Eglītis als "exzellent". Aber die Weltbanker mahnten, dass sich die medizinischen Leistungen nicht verschlechtern dürften. Eglītis versicherte postwendend, dass sich maximal Einsparungen von 40 Millionen Lats, etwa 10 Prozent des Gesundheitsbudgets, erzielen ließen, ohne die Versorgung zu gefährden. Als Beispiele nannte er Umstrukturierungen der medizinischen Institutionen und die Sperrung ineffizient eingesetzter Gelder, etwa für überflüssige Betten in den Krankenhäusern, Oberstes Ziel seien nicht die Einsparungen, sondern ein effizienterer Einsatz öffentlicher Mittel. Dies bedeutet: Institute und Krankenhäuser werden geschlossen, weitere staatliche Angestellte verlieren ihren Arbeitsplatz.

Lettland spart an der staatlichen Gesundheitsversorgung - die Weltbank findet dies "exzellent"

Geschrieben von: Udo Bongartz

Montag, den 04. Mai 2009 um 16:11 Uhr - Aktualisiert Mittwoch, den 18. März 2020 um 11:23 Uhr

